

Frage

"La Liberté" berichtete in der Ausgabe vom 1. September 2005 über die Ankündigung der SBB, Stellen abzubauen. In diesem Artikel lag der Schwerpunkt vor allem bei der Neuorganisation der Verwaltung der SBB, insbesondere von SBB Cargo. Es wurde unter anderem darauf angespielt, dass die 26 Stellen des Teams von SBB Cargo in Freiburg auf Grund der Zusammenlegung der Geschäftseinheiten Freiburg und Yverdon bedroht sein könnten. Der Sprecher von SBB Cargo führte im Übrigen aus, dass über eine vollständige Neuorganisation nachgedacht werde und dass bis Ende November 2005 Entscheide gefällt würden.

Freiburg wurde bereits von der Restrukturierung in Romont betroffen, bei der die Hälfte der Stellen abgebaut wurde.

Diese Situation ist zumindest Besorgnis erregend. Deshalb erlaube ich mir, folgende Fragen an den Staatsrat zu richten:

- Wie viele Arbeitsplätze haben die SBB in unserem Kanton geschaffen?
- Ist der Kanton bei der Dezentralisierung der Bundesverwaltung und der Regiebetriebe auf seine Rechnung gekommen?
- Wurden von den SBB oder vom Kanton Diskussionen aufgenommen?
- Welche Massnahmen gedenkt der Staatsrat zu ergreifen, um zu verhindern, dass unser Kanton allzu stark getroffen wird?
- Können Kompensationen für die verlorenen Stellen gefordert werden?

5. September 2005

Antwort des Staatsrats

SBB Cargo hat 1999 ihr «Dienstleistungszentrum» in Freiburg eröffnet. Seither wurden in diesem Zentrum 265 Arbeitsplätze (die ungefähr 230 vollen Stellen entsprechen) geschaffen. Gleichzeitig beschäftigt SBB Cargo 32 Personen zu je 100% als Bahnhofpersonal.

Der Staatsrat führt seit mehreren Jahren eine aktive Politik zur Ansiedlung von Dienststellen des Bundes oder der Regiebetriebe des Bundes. Die Mitglieder des Staatsrats haben sich in Bern wiederholt dafür eingesetzt, dass Bundesämter im Kanton angesiedelt werden. Zu diesem Zweck wurden ausserdem mehrere Begegnungen zwischen Mitgliedern des Bundesrats, Vertretern des Staatsrats und Freiburger National- und Ständeräten organisiert. Obwohl diese Begegnungen zu keinen konkreten Ergebnissen geführt haben, kennt man dank ihnen die Bedürfnisse des Bundes bei der Dezentralisierung, und sie boten die Gelegenheit, die Möglichkeiten, die der Kanton Freiburg anbieten kann, vorzustellen. Der Staatsrat hat so einen ersten Rahmen für eine zukünftige Zusammenarbeit abgesteckt und wird seine Aktionen fortsetzen, damit diese Zusammenarbeit konkret wird.

Bei der Zahl der Arbeitsplätze des Bundes liegt der Kanton immer noch unter dem schweizerischen Mittel. Hingegen wohnen mehr als 3'000 Bundesangestellte im Kanton (ungefähr 2'400 arbeiten ausserhalb), was zahlreiche sehr positive Auswirkungen mit sich bringt.

Der Staatsrat hat sofort auf die Ankündigung der Restrukturierung bei SBB Cargo reagiert und ein Schreiben an die Direktion des Unternehmens gerichtet, in dem er ihr ein Treffen

vorschlug. In seiner Antwort teilt SBB Cargo mit, dass alle Kantone von dieser Restrukturierung betroffen werden. Die Untersuchung, auf die sich die zu ergreifenden Massnahmen stützen sollen, ist im Gang. Die Folgen für den Kanton Freiburg sind also noch nicht bekannt.

Beim verlangten Treffen, möchte der Staatsrat über die Situation und die Zukunftsperspektiven diskutieren. Sein Ziel besteht darin, einerseits Entlassungen zu vermeiden und andererseits zu prüfen, welche Auswirkungen das Restrukturierungsprojekt auf das Dienstleistungsangebot der Eisenbahnen im Kanton Freiburg haben könnte. Der Staatsrat wird alle Massnahmen, die ihm zur Verfügung stehen, ergreifen, um zu verhindern, dass die Freiburger Zweigstelle von SBB Cargo allzu stark getroffen wird und der Kanton unter der angekündigten Restrukturierung zu leiden hat. Soviel er weiss, ist keine Kompensation für die aufgehobenen Stellen vorgesehen.

Freiburg, den 4. Oktober 2005